

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 14. Februar).

Abg. Windthorst (Meppen): Ich muß mich entschieden gegen die Vorlage erklären. Ihre politische Tendenz ist keine andere als die, die Verpflichtung des Staates vom Bau neuer Bahnen ganz allmählig auf die Schultern der Provinzen zu legen. Gewiß sind Secundärbahnen wünschenswerth; aber vor Allem muß doch der Begriff einer Secundärbahn erst klar gelegt und fixirt sein. Wenn das große Reichseisenbahnproject angenommen sein wird, so kann ich mir denken, daß man alle Bahnen in Preußen, die dem Reiche nicht überwiesen sind, für Secundärbahnen erklärt, und in der Begründung des Reichseisenbahnprojectes befinden sich in der That Anklänge an eine solche Auffassung. Ich hätte mindestens mit diesem Entwurf zu

Ich will noch erwähnen, daß nach dem Umbau der Bauakademie in der
selben sich 750 Zeichenplätze befanden, und daß die Zahl dieser Plätze i
gemieteten Räumen um 105 erhöht wurde. Dagegen hat aber die Zahl
der Hörer um 165 zugenommen und durch die Verlängerung des Studium
auf vier Jahre ist die Hörerzahl um den vierten Theil ihrer bisherige
Stärke gewachsen. Die Noth der Räumlichkeiten, namentlich der Mani
an Auditorien, ist also keineswegs gehoben, vielmehr muß ich den Minist
ersuchen, seine Sorge in dieser Beziehung nicht ruhen zu lassen. Der M
nister hat das verdienstliche Werk unternommen, durch eine neue Prüfungs
ordnung die nöthige Scheidung in drei Fachgruppen — in das Hochbau
das Bau - Ingenieur- und Maschinenfach — zu treffen, und demgemäß d
Vorlesungen zu individualisiren, aber nach dem Lectiöns-catalog werden zah
reiche, sehr wichtige Vorlesungen gehalten von dem Lehrer N. R., was s
viel heißt, als die geeigneten Lehrkräfte sind nicht vorhanden. An eine
Gymnasium sind häufig mehr etatsmäßige Lehrer als an der Bauakademie
Von den 14 etatsmäßigen Stellen waren bisher nur acht besetzt, eine
jetzt durch den Tod des Inhabers erliegt und von den sieben übrige
Stellen sind nur etwa drei als Hauptamt, die anderen als Nebenamt besetz
Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Ich freue mich, daß d
Handelsministers im Etat eine Summe von 18,000 M. zur Erhaltung u
Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte für die Bauakademie gefordert hat, de
mit einem Durchschnittsgehalt von 1500 Thlrn. ist das nicht möglich. Ich
hoffe, daß der Minister diese unzureichenden Mittel ergänzen wird, da
daß er den Lehrern eine Lantheme an dem Honorar gewährt, welche früh
ganz unberechtigt durch Ministerialrescript eingezogen wurde, obwohl sie
eignet war, die Lehrer zu tüchtigen Leistungen anzuspornen. Ich kom
nunmehr auf die Hauptsache, auf die unteren und mittleren Stuf
des technischen Schulwesens und erkenne hier ein falsches Streben unse
Schulwesens zu immer höheren Stufen emporzuklimmen.

So war unsere Provinzial-Gewerbeschule in guter alter Zeit eine Fach-

Schule für Handwerker, und als solche wurde sie vom Minister Altenstein an den Handelsminister überwiesen. Bis 1849, ja eigentlich bis 1869 befand sie ihren alten Charakter, da plötzlich genügte sie nicht mehr, weil die Vorbereitungsschule für die Akademie sein sollte, die einfachen Handwerker verschwand aus der Zahl der Schüler in Folge der strenger Anforderungen. Man errichtete noch zwei Klassen für allgemeine Wissenschaften, dachte aber nicht an den Mittelstand und seine Bedürfnisse. Man begann im Jahre 1870 eine Reorganisation, welche gleichbedeutend war mit der dauernden Verdrängung des eigentlichen Zwecks der Provinzial-Gewerbeschule. Sie verlor vollständig ihren Charakter als Fachschule, da der eigentliche Fachunterricht nur auf ein Jahr beschränkt wurde. Wie soll sich da der Schüler die nötige technische Bildung aneignen? Dagegen hat man einen zweijährigen allgemeinen Vorbereitungscursus für die Gewerbeschule eingerichtet. Man lehrt hierin drei Sprachen — unter drei thun wir es nie — jede in zwei Stunden wöchentlich, und dann sollen die Schüler die Sprachen beherrschen — das ist doch ein pädagogisches Unding! Das kommt aber davon, daß die oberste Leitung der technischen Lehranstalten in den Händen von Verwaltungsbeamten, welche keine pädagogische Erfahrung haben, liegt. Höchstens beruft man auf einige Tage eine Konferenz der Anstaltsdirectoren, welche keinen eingehenden Einfluß üben können. Es ist also denjenigen jungen Leuten, welche die Mittel haben, nach Absolvierung der höheren Bürgerliche noch einige Jahre eine Fachschule zu besuchen, die Gelegenheit genommen, sich die geeignete Fachbildung zu erwerben! Geben wir eine Stufe tiefer! Die große Masse tritt mit den allgemeinen Kenntnissen der Volksschule in das Leben. Ein großer Theil derselben wird auf den abendlichen und sonntäglichen Besuch der Fortbildungsschule beschränkt bleiben, wo nur die Volksbildung, um etwas Zeichen zu verdienen, befähigt wird. Aber auch für die empfindlichen Kräfte in dieser Volkschicht, welche eine Fachfortbildung wünschen, muß der Staat Anstalten ins Leben rufen und anregen, welche ihnen denjenigen technischen Bildungsgrad gewähren, der sich mit der allgemeinen Bildung der Volksschule verträgt.

In Preußen haben wir außer durch die vortrefflichen unteren Bergschulen für diese Angelegenheit fast gar nichts getan. Der Handwerkerstand ist fast gänzlich ohne sachmäßige Bildungsanstalten. Viel mehr ist in dieser Beziehung geschehen in Sachsen, in den süddeutschen Staaten und namentlich in Württemberg, wo 11,000 Schüler in 155 gewerblichen Fortbildungsanstalten unterrichtet werden. Wir müßten dann in Preußen verhältnismäßig 2000 Schulen und 150,000 Schüler haben. In Württemberg werden in den gewerblichen Schulen gerade diejenigen Disciplinen bevorzugt, welche die in der betreffenden Gegend vorherrschende Industrie zu fördern geeignet sind. Ich glaube auch, daß Frankreich, welches in der allgemeinen Volksbildung bedeutend unter uns steht, seine industriellen Erfolge den vortrefflichen Specialfachschulen verdankt. Wenn ich eine gesetzliche Ordnung des technischen Unterrichtswesens wünsche, so will ich nicht ein vollständiges Lehrprogramm für die untere Stufe feststellen, sondern ich möchte nur ein ernstes Nachstreben auf dem Wege unserer süddeutschen Genossen, die Feststellung in allgemeinen Linien, was man in diesen Schulen nicht thun darf und was man thun muß, wenn man gute Resultate erzielen will. Ich glaube, wir haben hierin genügende Erfahrung. Es sollen namentlich der bloßen Ministerialwillkür Grenzen gesetzt werden, daß man nicht auf dem kurzen Wege des Rescripts erst den Provinzial-Gewerbeschulen das Recht zum einjährigen Militärdienst giebt und dann im Jahre 1863 dieses Recht des einjährigen Militärdienstes wieder entziehen und daß man erst die Gemeinden zur Gründung der alten Gewerbeschulen auffordert und dann wieder diese contribuierenden Gemeinden zur Reorganisation durch ein Ministerialrescript zwingt, mit großen Kosten daraus neue und ganz unbrauchbare Schulen zu machen.

Ich habe mit Absicht vermieden, hierbei von dem allgemeinen Unterrichtsgesetz zu sprechen, obwohl ich keinen Augenblick daran zweifle, daß diese Frage damit in engem Zusammenhange steht, weil die allgemeinen Bildungsanstalten immer die Vorstufe für die Fachschulen sein müssen. Ich möchte nur, daß der Handelsminister hierin gemeinsam mit dem Cultusminister vorgeht und zwar anders als bisher. Dem Handelsminister steht nicht das geeignete Aufsichtspersonal für die technischen Lehranstalten zu Gebote. Den Prüfungen der Provinzial-Gewerbeschule wohnt von Seiten der Regierung ein Verwaltungsbeamter ohne pädagogische Routine bei. Es muß die Aufsicht der verschiedenen Stufen des technischen Unterrichts gemeinschaftlich von Pädagogen, Fachmännern und Beamten, wie es in Württemberg der Fall ist, anvertraut werden. Schließlich bitte ich nicht einzelne Ausdrücke wie „in nächster Session“ wörtlich zu nehmen, da es selbstverständlich ist, daß ein solches Gesetz nur zugleich mit dem allgemeinen Unterrichtsgesetz vorgelegt werden kann. In der Hoffnung, durch meinen Antrag eine Anregung gegeben zu haben, daß diese Reformgedanken als ein wichtiger Theil der socialen Frage öffentlich discutirt werden, schreibe ich mit der Bitte, meinen Antrag anzunehmen nicht als einen Parteiantrag, sondern als den gemeinsamen Willensausdruck aller Parteien, den Gewerke einen Mittelpunkt für ihre Reorganisation zu geben und ihre gerechten Forderungen erfüllen. (Beifall.)

Geb. Reg.-Rath Stäbe: In Bezug auf die polytechnische Schule kann ich bestätigen, daß die Staatsregierung sich schäfflich gemacht hat, die technischen Lehranstalten alsbald zu einer polytechnischen Hochschule ersten Ranges zu vereinigen. Schon ehe der Beschluß im vorigen Jahre gefaßt wurde, war eine Commission damit betraut worden, einen Lehrplan und ein Bauprogramm festzustellen, denn ohne eine locale Vereinigung war doch eine innere Vereinigung nicht möglich. Aus dem neuen Lehrplan will ich hervorheben, daß man 79 Lehrgegenstände aufgenommen, auf 49 ordentliche 15 außerordentliche Professoren, 25 Privatdozenten und 35—50 Assistenten gerechnet hat. Für den Bau hat man 12 Baupläne eingehend geprüft und schließlich seitens des Staatsministeriums den Plan der fällischen Baumschule am zoologischen Garten in Vorschlag gebracht; das Bauproject ist leider noch nicht so weit ausgearbeitet, daß man schon diesmal eine erste Rate fordern konnte; hoffentlich wird man 1878 mit dem Bau vorgehen können. Was nun die vacanten Lehrstellen betrifft, so hat man mit deren Befetzung nicht vorgehen wollen, ehe nicht die im Etat neugeforderten Stellen bewilligt worden sind. Was den zweiten Theil des Antrages angeht, so ist man auch im Handelsministerium der Meinung, daß die technischen Mittelschulen einer eingehenden Reorganisation bedürfen. Diese Schulen befinden sich noch im Fluße der Bildung, ein Abschluß ist noch nirgend erreicht, auch die ähnlichen Schulen anderer Staaten sind immer noch als Versuche zu betrachten. Der Plan zu diesen Schulen wurde 1869 von einer Commission ausgearbeitet und fand die Billigung des Hauses. Wenn man nun sagt, man müsse diese Schulen geschloß von der Ministerialwillkür befreien, so möchte ich doch bezweifeln, ob man jetzt schon im Stande ist, etwas Abschließendes hinzustellen, was man in die Form eines Gesetzes kleiden könnte.

Für eine technische Hochschule ist eine derartige gesetzliche Regelung vielleicht an der Zeit, aber die technischen Gewerbeschulen haben sich noch nicht derartig entwickelt und befähigt, daß ein Gesetz sie führen könnte; es müsse doch bald zu Reformen geschritten werden. Wenn es im Antrage heißt, daß bis zur nächsten Session eine derartige Vorlage gemacht werden solle, so hat sich ja der Vordrucker selbst schon beschränkt, indem er darauf hinwies, daß dies nur im Anschluß an das Unterrichtsgesetz geschehen könne; dem muß sich die Regierung durchaus anschließen, denn ohne eine Ueberbrückung über die Gestaltung des gesammten Unterrichtswesens ist eine vortheilhafteste Gestaltung der technischen Fortbildungsschulen nicht möglich. Jedenfalls kann ich dem Hause die Zusage geben, daß eine sorgfältige Prüfung dieses Gegenstandes innerhalb des Ministeriums stattfinden wird.

Abg. Petri bemerkt, daß in Nassau bereits seit 30 Jahren 40—50 derartige gewerbliche Fortbildungsschulen bestehen, hervorgegangen aus freier Selbstthätigkeit der Bezirksvereine unter Leitung des Centralgewerbevereins. Die Kosten werden durch Beiträge der Vereine, Zuschüsse der betreffenden Gemeinden und des Staates aufgebracht. Der Zeichenunterricht besonders hat so erfreuliche Resultate erzielt, daß er concurrenz fähig mit den anderen Ländern, namentlich Württembergs. Redner hält es nur für bedenklich, für diese Schulen einen Zwang zu constituiren, wie man es an einem nassauischen Orte durch Orisstatut gethan habe; indessen müsse man erst die Erfahrung abwarten. Der Staat sollte diese Schulen nicht selbst errichten, sondern nur anregen und fördern.

Abg. Miquel: Ich hätte lieber gesehen, wenn im dem Antrag stände, das Gesetz solle „im Anschluß an das Unterrichtsgesetz“, statt „in der nächsten Session“ vorgelegt werden. Ich möchte bezweifeln, ob es gerathen ist, schon jetzt überhaupt eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Unterrichtswesens zu fordern. Ein Gesetz ist möglich und notwendig, aber nur dann heilsam, wenn es sich in den richtigen Schranken hält. Man muß das ganze gewerbliche Unterrichtswesen nicht in allen seinen Theilen decretiren und reglementiren wollen, sondern nur die allgemeinen festen Grundsätze geben, um ein wirksames Eingreifen der Verwaltung zu finden. An die Volksschule muß sich die Fortbildungsschule, an die Mittelschule die Provinzial-Gewerbeschule, welche letztere man anderweit reorganisiren müßte, anschließen. Diese gewerblichen Schulen sind um so nothwendiger, als sich immer mehr das Bestreben geltend macht, aus dem Handwerkerstande herauszukommen, so daß die Handwerksmeister auf die Lehrlinge vom Lande und aus dem Arbeiterstande angewiesen sind. Die Vorbildung der Lehrlinge ist eine

schwächere, als früher; deshalb muß die Fortbildungsschule eine Vorbildungsschule neben den eigentlichen Fachschulen enthalten. Der Fehler bei der bisherigen Organisation war, daß man viel zu großes Gewicht auf die allgemeine Bildung gelegt hat, wodurch die Fachbildung zurückgedrängt wurde. Hervorgerufen ist dieser Fehler durch die unglückliche Bestimmung über den einjährigen-Freiwilligendienst; es wird dadurch eine künstliche Verbildung hervorgerufen, weil die jungen Leute Unterricht nehmen müssen in Fächern, die sie nachher gar nicht brauchen und deren Inhalt sie nicht verdauen können. (Sehr richtig!) Es ist schon im Etat eine Summe von 50,000 Mark bewilligt worden für diese Fortbildungsschulen, aber die Städte haben ihre Pflicht nicht erfüllt und so ist diese Summe heute noch nicht ausgegeben worden. Was nun den Zwang für solche Schulen betrifft, so halte ich ihn für absolut nothwendig, weil man sonst den Meistern gegenüber keine Gewalt haben würde, den Lehrlingen freie Zeit zum Schulbesuch zu gewähren.

In Hannover existirt fast in jeder größeren Stadt eine derartige Schule mit obligatorischem Schulbesuch; die Meister sträubten sich Anfangs dagegen, nach ein paar Jahren kamen sie jedoch zur richtigen Einsicht. Ohne einen solchen Zwang gelangen nur die besser situirten Lehrlinge zum Besuch der Schule, die Mehrzahl bleibt im Summe stecken. Was haben denn die württembergischen Schulen ohne Zwang geleistet? Qualitativ sehr viel, aber die Zahl der Schüler ist eine sehr geringe; die Schulen werden von Mechanikern, Uhrmachern und anderen höheren Gewerbetreibenden besucht, die Masse der Lehrlinge bleibt ihnen fern. Das ist aber nicht die Aufgabe derartiger Schulen. Daß noch andere Mittel helfen müssen, z. B. die Aenderung des Lehrlingsverhältnisses, muß zugegeben werden; aber darauf haben wir hie keine Einwirkung, das ist Sache des Reichstages. Der Staat muß vor allen Dingen den Communalverwaltungen ihre Verpflichtungen, die sie nur in ungenügender Weise erfüllt haben, in Erinnerung bringen; denn eine tüchtige Fachbildung ist für ein gutes Gedeihen unseres Handwerksstandes nothwendig und bei richtiger Leitung werden diese Schulen auch keine Träger subverber Lehrlinge werden, wie dies von manchen Seiten befürchtet wird.

Abg. v. Heereman wünscht ebenfalls eine gesetzliche Regelung dieser Frage, hält sie jedoch augenblicklich für unmöglich, weil die Verhältnisse noch nicht klar genug seien, um jetzt schon ein definitives Urtheil fällen zu können. Die Hauptfrage liegt nicht in der Organisation der Schule, sondern darin, daß praktische Männer an der Spitze der Schulen stehen, wie dies besonders in Württemberg, Baiern und Oesterreich der Fall ist. Ein Gesetz würde nur zur Schablone führen. Redner spricht sich dann noch besonders lebhaft gegen die Einführung eines obligatorischen Besuchs für die Schulen aus und beantragte, dem zweiten Theile des Antrages folgende Fassung zu geben: „Auf eine lebhaftere Förderung und Organisation des technischen Unterrichtswesens nach seinen verschiedenen Abstufungen, insbesondere auch der Provinzial-Gewerbeschulen und der Fachschulen für Handwerker Bedacht zu nehmen.“

Abg. Wehrenpennig zieht die Nr. 3 des ersten Theiles seines Antrages zurück, weil sie durch die Erklärung des Regierungscommissars erledigt ist, und ändert den Anfang des zweiten Theiles dahin ab: „Im Anschluß an das allgemeine Unterrichtsgesetz u. s. w.“

Abg. Dr. Löwe: Der Antrag Wehrenpennig entspricht einem allgemeinen Gefühl von der Nothwendigkeit einer Reform. Man empfindet, daß Abhilfe gewisser Uebelstände zu schaffen sei, man weiß nur nicht wie; kurz: il faut faire quelque chose. Einige wollen die Weiterentwicklung der Frage vollständig der Praxis überlassen und meinen, daß sich aus der Praxis heraus schon das Richtige ergeben werde. Die eben gehörten Klagen werden ihnen aber schon bewiesen haben, daß wir uns vollständig regellos bisher entwickelt haben, und daß es darauf ankommt, uns ein Prinzip zu bilden, wenn wir jene Systemlosigkeit vermeiden wollen, deshalb muß ich durchaus auf einer gesetzlichen Organisation bestehen. Was die einzelnen Punkte des Antrages anlangt, so haben wir gewiß mit Befriedigung vernommen, daß wir uns der Lösung der Frage, betreffs des Polytechnismus nähern; aber ich möchte noch besonders Gewicht darauf legen, daß bestimmte Kräfte schon jetzt herangezogen werden und daß jeder Lehrer seinen bestimmten Lehrstuhl erhält, wie an den Universitäten, damit die Decenten jene Beschäftigung nicht bloß als Nebenarbeit ansehen. In Bezug auf die Vorbildung für den einjährigen Militärdienst habe ich mich gemindert, von Seiten des Abg. Miquel eine so harte Verurtheilung zu hören. Das allerdings halte auch ich für einen großen Fehler, daß man denselben auch für die Fachschulen maßgebend machen will. Eins ist nur möglich, entweder Ausbildung in der Praxis, wie dies durch die Fachschulen geschehen soll, oder allgemeine Bildung, wie es die Aufgabe der Realschulen und Gymnasien ist, aber man soll nicht beide vernichten und ein System auf das andere pipieren. Willen wir doch gute praktische Handwerker heran durch besondere Fachschulen, zwingen wir die Meister auf gelegentlichem Wege, ihre Lehrlinge jene Schulen besuchen zu lassen, und wir werden, Theorie und Praxis verbindend, das erreichen, wozu Schule-Deichsch mit seinem Genossenschaftswesen den Grund gelegt hat, einen guten Arbeiterstand. (Beifall.)

Abg. Miquel: Der Abg. Löwe hat mich in Bezug auf die Anforderungen für den einjährigen Militärdienst mißverstanden; ich bin mit den gestellten Anforderungen völlig einverstanden; nach meiner Auffassung soll sich aber jener Dienst nach der Schule und nicht die Schule nach ihm richten.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Ich lasse mit meinem Antrag die Frage vollständig unentschieden, ob die Meister einem Zwang unterworfen werden sollen oder nicht. Ich persönlich würde mich für das letztere entscheiden, und ich führe in dieser Beziehung den Anspruch einer Autorität, den Vorstehenden der Commission für den technischen Unterricht in Württemberg, Herrn von Steinbach, an, daß der beste Weg der freiwillige sei, mit der Verpflichtung zur Bezahlung eines geringen Schulgebühres. Die allergeringsten Resultate seien da erreicht worden, wo man glaube, mit Zwang vorgehen zu sollen. Der Praxis kann man jedenfalls die Weiterentwicklung der technischen Schulen nicht anvertrauen, denn wir haben von organischer Entwicklung in dieser Beziehung nichts bemerkt, weil unsere technischen Schulen unter die verschiedenen Ressorts zerstückelt sind. Wir können nur zum Ziele gelangen, wenn wir auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen.

Der Antrag Wehrenpennig wird hierauf in der von ihm selbst modificirten Fassung mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Specialberatung des Ausgabe-Etats der Eisenbahnverwaltung.

Zu dem Capitel 22 der ordentlichen Ausgaben „Nassauische Eisenbahn“ bemerkt

Abg. Gärtner: Es sind diesmal für Neubauten von Eisenbahnen, von Locomotiven u. s. w. größere Summen ausgeworfen worden, und man sollte erwarten, daß dies dem Handel und der Industrie in bedeutender Weise zu Gute kommen werde. Dies ist jedoch nur in geringem Maße der Fall, und der Hauptgrund hierfür liegt in den öffentlichen Subventionen. Im Reichstag ist einmal der Anspruch gethan, dieselben seien eine Prämie auf schlechte Arbeit und dem muß ich vollkommen beistimmen. Es ist ja richtig, daß durch eine große Concurrenz billige Preise erzielt werden; aber die Bedingungen sind jetzt leider derartig, daß die Arbeiten den Speculanten, oder nicht den guten Fabrikanten zufließen müssen; denn jeder solide Geschäftsmann, der auf sein Geschäft etwas giebt, hält sich möglichst zurück von derartigen Subventionen und der Speculant unterzeichnet auch nur den Contract mit der geheimen Voraussetzung zu jedem Paragrafen: Es wird nichts so heiß gegeben, wie es getobt ist. Ich richte deshalb an den Minister die Anfrage, ob er sich bereit erklärt, daß mit dem Gedanken an eine Reform dieser Angelegenheit beschäftigt hat, und ob es ihm möglich sein wird, der falschen Anwendung der jetzt maßgebenden Grundsätze Einhalt zu thun.

Handelsminister Achenbach erklärt, daß er sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt und auch die Directionen angewiesen habe, nicht über das Zulässige in den Contracten hinauszugehen. Er bitte die Fabrikanten, die Specialfälle, worin sie sich über Vortheile glauben von den Staatsbahnverwaltungen, zu seiner Kenntniß zu bringen, er werde dann geeigneten Falls gern Remeur schaffen, obwohl er nicht glaube, daß man allen Wünschen der Fabrikanten entgegenkommen könne. An dem Princip der öffentlichen Subventionen müsse die Staatsverwaltung festhalten, und auf die Bedingungen bei denselben gingen nicht nur leistungsfähige Fabrikanten, sondern meistens die ersten Firmen des Landes ein.

Abg. Cohn constatirt, daß die von dem Minister gewünschten Beschränkungen nicht erhoben würden, weil die Beschwerdeführer bei späteren Submissionen Obicane der untergeordneten Behörde fürdeten. Er wisse allerdings kein besseres System als das der öffentlichen Submissionen zu empfehlen (weiter), aber er wünsche, doch die Aufmerksamkeit des Ministers darauf zu lenken. Engere Submissionen zwischen einzelnen großen Firmen seien sehr zu empfehlen, aber über den entscheidenden Beamten schreibe das Gesetz der Oberrechnungskammer, welche die Angabe der Gründe fordere, weshalb in einem speciellen Falle nicht dem billigsten Submittenten zugehört sei, obwohl ihr die nötige technische Sachkenntniß zur Beurtheilung fehle. So sei die neue Telegrapheneinrichtung bei einigen Staatsbahnen nicht wie bei der Hannoverschen Bahn dem Erfinder Herrn Werner Siemens übertragen, weil derselbe sich nicht an der Submission beteiligte hatte.

Minister Achenbach glaubt nicht, daß den Beschwerdeführern Nachteile erwachsen würden, da die Protokolle über jede größere Submission in das

Ministerium gelangen und dort der Zuschlag entschieden würde. Er wünscht durch diese Erklärung eine etwaige Furcht in Interessententreiben vor Verschwenken zu vermindern. Auch er weiß kein besseres System als das der öffentlichen Submissionen, dessen Uebelstände, wenn solche beständen, die geringeren seien.

Abg. Hammacher referirt bei Titel 2 der dauernden Ausgaben Namens der Budgetcommission über die Petition der Zugführer der Niederschlesisch-Märkischen Bahn und der Hannoverschen Staatsbahn und empfiehlt die Petitionen in Wiederholung des Beschlusses vom 9. März 1876 der Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, den Eisenbahnzugführern den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Gegen den Widerspruch des Regierungscommissars Geh. Rath Rapmund tritt das Haus diesem Beschlusse bei.

Ueber die Petition der Kanakisten Sader, Alose und Genossen von der Ostbahn und Oberschlesischen Bahn, über Gleichstellung ihrer Besoldungen mit derjenigen der Kanakisten anderer Behörden, geht das Haus auf Antrag des Referenten der Budgetcommission Abg. Hammacher zur Tagesordnung über.

Die Petition der Eisenbahnsekretäre Beyer, Roberbier und Genossen von der Niederschlesisch-Märkischen und der Oberschlesischen Eisenbahn, um Gleichstellung im Gehalte mit den Secretären der Provinzialbehörden beantragt Abg. Hammacher im Namen der Budgetcommission der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen, ob es sich nicht im Interesse des Dienstes und der Billigkeit empfehle, das Minimaleinkommen der Eisenbahnsekretäre zu erhöhen; über die weiteren Forderungen der Petenten dagegen zur Tagesordnung überzugehen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Lüdert tadelt die alljährlich sich steigenden Erhöhungen der Bureaukosten bei den Bahnen. Er leitet den Grund aus der übertrieben bürokratischen Verwaltung der Bahnen her, wo der mündliche Verkehr auf ein Minimum beschränkt sei. Er wünscht, daß hier im Interesse des Betriebes und der Unterbeamten weniger Instructionen erlassen und mehr der mündliche Verkehr begünstigt werde.

Geb. Rath Rapmund entgegnet, daß relativ die Kosten für das Bureaupersonal der Staatsbahnen zurückgegangen seien, da seit dem vorigen Jahre 700 Kilometer Staatsbahnen hinzugekommen.

Die Position wird bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr bis Abends 7½ Uhr. (Fortsetzung der Stadterathung).

Berlin, 14. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den praktischen Aerzten Dr. Theodor Hirsch und Dr. Adolph Sotted zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Sanitäts-Rath; sowie dem Kunst- und Handelsgärtner-Veigler Ernst Benary zu Erfurt den Titel Commerzien-Rath verliehen; und den Stadtrath Dr. Adolph zu Frankfurt a. O., in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als befohlener Beigeordneter (zweiten Bürgermeister) der Stadt Frankfurt a. O. für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Der Referendar Strauben aus Düsseldorf ist zum Advocaten im Bezirk des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 14. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute militärische Meldungen entgegen, empfingen den commandirenden General des VII. Armee-Corps, General der Cavallerie Grafen Stolberg, und den General-Lieutenant z. D. von Wittich und hörten den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr den Landtags-Abgeordneten Freiherrn v. Vibra, fürstlichen Kammer-Director in Neuwied.

[Das Gerichtsverfassungsgesetz] und das Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz sind von Se. Majestät dem Kaiser unterm 27. Januar 1877 vollzogen worden. Dieselben sind in Nr. 4 des „Reichsgesetzblattes“ publicirt worden. (Reichsanz.)

Gewinnliste der 3. Klasse 155. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr. (Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

26 33 35 53 (180) 152 78 381 403 37 578 623 801 905 88 95 1052 246 72 340 470 544 (150) 74 617 34 850 51 70 83 918 2004 29 43 108 50 222 28 42 85 96 329 78 501 58 791 92 824 44 81 97 904 16 (150) 46 56 67 3077 78 (150) 88 112 13 315 83 95 413 36 44 91 94 517 630 78 79 724 921 71 80 4022 105 93 (150) 232 35 44 (150) 93 404 83 527 37 42 615 716 58 801 36 932 94 5046 61 112 210 20 27 49 (150) 68 328 78 409 15 47 511 (150) 605 30 62 (150) 78 (15,000) 88 752 (150) 857 964 6018 72 152 59 73 261 336 39 72 97 435 590 637 53 80 (180) 86 94 700 3 (180) 85 829 34 (150) 53 68 904 15 54 81 91 (1800) 7011 79 241 (150) 349 74 82 411 53 508 (150) 15 21 37 75 604 5 61 743 845 95 936 46 8073 83 196 270 365 69 427 99 563 69 71 606 63 761 802 93 955 73 9013 36 71 89 96 97 210 322 573 624 30 39 52 87 785 (180) 98 848 930 74 (150).

10,008 47 60 83 240 323 (150) 41 46 60 81 (240) 465 615 72 (150) 700 9 17 37 48 955 78 88 92 11,066 78 214 73 315 57 59 411 76 99 558 637 702 53 70 95 808 64 910 48 89. 12,079 116 68 90 229 62 314 69 431 34 92 501 46 739 13,043 (180) 82 86 103 76 89 208 69 71 (180) 307 16 456 59 79 567 790 809 15 14,002 15 119 211 40 (300) 91 302 20 448 514 704 857 71 (150) 901 18 46 61 77 15,005 44 90 136 68 90 295 311 35 81 407 (150) 511 28 67 68 81 (180) 628 42 88 754 86 876 941 16,204 20 304 (180) 59 74 (150) 414 (150) 64 517 44 54 59 70 628 71 706 12 865 68 91 912 88 17,032 65 (240) 98 152 56 (150) 65 251 314 403 6 95 518 20 24 59 98 602 7 80 722 32 (150) 39 861 924 18,022 23 105 18 20 34 57 255 59 346 401 12 19 75 (180) 573 669 732 (150) 92 980 89 97 19,004 38 53 167 244 367 71 79 95 614 806 48 909.

20,038 (150) 71 131 44 72 211 16 59 408 47 531 49 82 689 716 37 919 39 79 92 21,024 33 135 54 203 (150) 43 46 91 (150) 403 9 43 61 65 603 35 54 66 732 (150) 800 2 37 38 22,114 23 30 44 72 425 57 74 (180) 561 81 636 37 49 762 79 (150) 802 21 35 86 23,010 36 182 273 325 81 98 416 68 555 75 694 732 51 74 78 93 884 86 919 20 24,036 39 66 (300) 76 268 74 82 92 312 440 52 (240) 64 76 85 508 12 90 (150) 630 847 54 59 958 25,026 38 63 116 75 99 214 51 37 (300) 94 330 52 91 96 411 42 53 591 611 75 99 743 800 49 63 940 58 26,061 86 113 41 42 73 86 99 345 69 448 (150) 653 706 820 40 62 94 943 27,036 59 115 41 48 92 93 202 48 (150) 59 366 68 89 98 430 39 83 529 737 837 50 61 925 76 98 28,019 111 (150) 48 (150) 216 23 (150) 26 (150) 84 302 406 92 512 13 59 66 76 624 (150) 56 95 702 29,020 84 144 61 203 6 70 329 20 (150) 85 407 13 (150) 21 66 (180) 73 502 621 35 68 750 54 809 41 74 906 57.

30,021 61 236 84 351 92 415 32 48 (180) 54 88 539 602 61 88 716 (180) 79 82 857 79 932 53 91 31,017 21 52 69 230 (150) 56 374 76 82 83 86 452 74 88 566 71 (150) 77 638 55 715 97 99 803 (150) 34 901 5 13 85 32,020 35 94 261 416 50 (1800) 79 519 58 (150) 73 630 38 701 96 800 15 58 (240) 33,010 103 7 514 18 610 70 85 736 62 82 833 40 34,035 61 93 170 211 23 309 (150) 15 40 545 86 746 895 35,202 23 332 423 60 98 560 71 90 607 39 878 94 900 150 26 (150) 80 36,012 (180) 193 251 586 605 54 81 762 63 983 37,047 70 134 307 16 32 49 53 91 409 67 520 658 (150) 752 66 881 927 36 39 38,046 69 166 303 417 74 518 635 53 73 730 (300) 68 39,007 24 41 54 131 (150) 211 39 46 55 319 71 85 (150) 417 29 (150) 546 63 72 895 939.

40,009 233 54 355 74 409 12 57 503 18 46 59 92 755 869 918 41,002 18 (150) 143 51 56 222 334 72 401 564 42,049 82 125 90 94 200 26 29 39 374 (1500) 91 402 37 696 04 41 77 792 803 99 947 (1500) 52 43,022 38 (150) 158 61 240 46 338 487 (180) 543 57 613 54 705 811 (240) 58 77 44,044 66 155 222 82 303 (150) 93 97 826 36 85 86 88 927 45,291 (180) 94 329 61 404 12 70 89 90 522 65 601 71 99 726 47 (150) 65 83 870 959 61 64 68 91 46,053 60 90 (150) 156 88 91 264 89 311 22 53 405 57 65 695 618 755 (240) 64 824 32 63 47,002 45 148 284 300 6 62 86 519 81 600 (150) 19 730 44 94 870 972 98 48,071 81 112 (150) 73 315 45 (150) 403 506 (240) 22 70 644 704 86 834 912 74 75 96 49,030 36 46 68 (180) 97 720 57 910 13.

50,044 (150) 119 87 (240) 214 65 68 346 73 (3000) 460 518 639 711 36 65 811 37 41 78 51,013 44 189 263 301 2 29 487 501 67 83 609 60 744 61 879 81 52,103 69 79 217 34 53 61 69 80 97 412 556 (150) 669

4 Breslau, 15. Febr. [Reichstagswahl.] Die Reichstags-nachwahlen für Breslau sind auf Dienstag den 27. Februar festgesetzt worden. Der Candidat der national-liberalen Partei ist Commerzien-rath Leo Molinari, nachdem Minister Solly die Annahme der Wahlcandidatur abgelehnt hat. Die Fortschrittspartei hat den Schrift-steller Heinrich Bürgers als Candidaten aufgestellt.

[Gustav Freytag,] unser berühmter Landsmann, ist der „Di-bastalia“ zufolge, leidend und befindet sich zu seiner Erholung in Wiesbaden.

3 [Die Hörnerschlittenfahrt] von der Petersbande bis Agneten-dorf ist wieder hergestellt. Das Wetter ist still und klar.

§ Grünberg, 11. Febr. [Garnisonfrage. — Weberschule. — Bürger-schule. — Gewerbe-Verein. — Grünberg's Höhe.] Obwohl die gemischte Commission in Folge einer Berechnung, daß die Stadt einen Zuschuß von 20,000 M. zahlen müsse, sich mit allen gegen eine Stimme gegen die Garnison ausgesprochen hat, so hofft man doch auf weitere För-derung. Zunächst war es ein Fehler, daß sich Parteien für und gegen ge-bildet hatten, bevor eine sichere Basis gewonnen. Die Gemüther hatten sich erregt und man weiß bisher noch nicht einmal, ob das General-Commando überhaupt geneigt ist, Grünberg eine Garnison zu geben. Dieser zunächst zu thunende Schritt, mit dem commandirenden General direct zu verhandeln und eigentliche Grundlagen zu schaffen, ist nun leider auch von der Com-mission abgelehnt worden. Doch wird die ganze Angelegenheit in dieser allein praktischen Weise in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung wieder aufgenommen werden. Andererseits aber sind auch Verhandlungen im Wege, durch Vermittlung unseres Reichstags-Abgeordneten Fürsten Caro-lath bei der Regierung zu petitioniren, daß aus den Casernenbaukosten gelbten die hiesigen Baukosten erworben würden, um nach Grünberg in Anbetracht der augenblicklichen Verhältnisse eine Garnison zu verlegen. Grünberg dürfte diese Vergünstigung wohl verdienen, da es sonst sich keiner staatslichen Zuzugung zu erfreuen hat. — Die allerdings langsame Hebung unseres Plazes zeigt sich auch in der zahlreichen Frequenz der Muster-Webe-Schule, welche augenblicklich von 10 Schülern namentlich aus der Rheinprovinz und Süddeutschland besucht wird. Der Einfluß der Schule documentirt sich auf die hiesige Industrie in allerdings noch nicht bah-nbrechender Weise, indem die Fabrication von glatten Tüchern immer mehr von sogenannten Musterfabriken verdrängt wird. Wie früher, so hängt der Zusammenhang der Musterweberschule mit der hiesigen Industrie zu beider-seitigem Vortheile an, ein inniger zu werden, und ist die Fortentwicklung der Schule um so mehr gewünscht, da der erhöhte Staatszuschuß von neuem bewilligt ist. — In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde außer den Kosten für den Ausbau einer neuen Klasse des Mädchen-Schulhauses auch die Dotierung einer neuen Lehrerstelle bewilligt, die bei einem Anfangsgehalt von 300 Thlr. unter Anrechnung der früheren Dienstzeit bis auf 600 Thlr. steigt. Trotzdem die Einwohnerzahl unserer Stadt nicht gewachsen ist, hat sich doch in den letzten 3 Jahren die hiesige Bürger-schule um 3 neue Lehrer stellen und 3 neue Klassen vermehrt und hat hierdurch die Leistungsfähig-keit der Schule bedeutend gewonnen. Während aber die evangelische Schule ihren Schülern und Schülerinnen einen vortheilhaften 6klassigen Cursus bietet, kann die katholische Schule mit 3 Klassen naturgemäß nicht dasselbe leisten. — Deshalb dürfte es im Interesse unserer katho-lischen Mitbürger liegen, wenn auch in Grünberg beide Schulen zu einer Simultan-Schule vereinigt würden. — In der letzten Sitzung des Ge-werbe- und Gartenbauvereins sprach in einem Vortrage Herr Dr. med. Ja-co-bi über die Lungentrübungen vom Standpunkte der Gesundheitspflege und stellte der Vortragende Grünberg mit seiner hübschen Umgebung, reinen, epidemiefreien Luft, mit seinen Träumen und Obst als klimatischen Curort eine günstige Prognose. — Der schönste Punkt unserer Gegend, die mit einem weiträumigen Aussichtspunkt versehenen Grünberg's Höhe steht einer unsicheren Zukunft entgegen. Begründet am 25jährigen Stiftungsfeste des Gewerbevereins, wurde sie von Geheimen Rath Förster er-baut und wird nun vergebens ausgebaut, da die jährlichen Erhaltungskosten höher sind als die etwaige Pachtsumme. Hoffentlich bewahrt sich die dem Herrn Commerzienrath Grünberg zugeschriebene Absicht, die Bau-lustigkeiten zur Erinnerung an die Förster'sche Familie an sich zu bringen und zu erhalten.

© Trebnitz, 13. Febr. [Zur Tageschronik.] Der am gestrigen Vor-mittage und auch schon während der Nacht herrschende orkanartige Sturm hat auch hierorts und in der Umgegend arge Verheerungen angerichtet, vielfach Dächer abgedeckt, mehrere Gartenzäune, Scheuern und Ziegelschuppen mußten der Fügigkeit des Sturmes weichen. Die zum gestrigen Vortage fertig gestellten und überdachten Buben wurden in großer Zahl niederge-worfen, fortgeschleudert und zertrümmert. Insbesondere ist der Schaden, welcher unseren zahlreichen Obstgärten und dem nahen Buchenhaine durch den Sturm zugefügt wurde, ein ganz bedeutender. Eine große Anzahl der schönsten und stärksten Lärchen, Fichten und Buchen wurden gestürzt und in einem Orte unseres Kreises wurden sogar die beiden Giebel eines einstöckigen Wohnhauses durch die Gewalt des Sturmes eingerissen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 15. Febr. Die „Presse“ meldet: Der Wiener Verwal-tungsrath der Staatsbahn beabsichtigt, den Bericht über die Defrau-dation zu veröffentlichen und correspondirt diesbezüglich mit dem Pariser Comité. Die Defraudation wurde verübt durch Fälschungen von An-weisungen an die Banque de France, wo die Ueberschüsse über den augenblicklichen Bedarf Seitens des Gesellschaftsbankiers deponirt werden.

Bern, 15. Febr. In der östlichen und westlichen Schweiz ist eine große Ueberschwemmung; mehrere Eisenbahnlinien sind unter-brochen.

London, 14. Febr., Abends. In der nunmehr veröffentlichten Depesche Derby's an Elliot vom 25. Mai 1876 zeigte Derby an, er habe Musurus mitgetheilt, daß, obgleich England das Berliner Me-morandum ablehnte, die Verhältnisse und Gesinnungen Englands seit dem Krimkrieg derartig sich änderten, daß die Pforte nur auf die moralische Unterstützung rechnen dürfe, falls die vorhandenen Schwierig-keiten keine befriedigende Lösung fänden.

Kairo, 14. Febr. Der Khedive hat den Oberst Gordon zum Gouverneur der Provinz Sudan ernannt. Oberst Gordon wird sich demnächst auf seinen Posten begeben.

Amsterdam, 14. Febr. [Kaffeeauktion.] Die heute von der Niederl. Handelsgesellschaft abgehaltene Auktion über 111,068 Ballen Java-, Timor- und Palembang-Kaffee ist, wie folgt, abgelaufen:			
Ballen.	Zusammenstellung.	Taxe.	Abtauf.
2780	Java Preanger gelb	56 a 67	57 a 66 1/2
	bis blank	55 a 56 1/2	54 1/2 a 55 1/2
1775	grünlich	54 a 65	57 1/2 a 65
8946	Tjilatjap	62 1/2 a 66	63 1/2 a 67
673	Chebon	59	59 a 61
1379	blank	56 1/2 a 58 1/2	54 1/2 a 56 1/2
4502	Pasareoan	57 a 66	58 1/2 a 65 1/2
1894	weilb. Vereitung	53 a 53 1/2	53 1/2 a 54 1/2
11627	weilb. Art.	54 a 56 1/2	53 1/2 a 56 1/2
13663	Tagal	53	53 a 53 1/2
7175	Solo	54 a 54 1/2	53 1/2 a 54
6383	Pasareoan grün	52 a 55	51 a 55
33817	blau und blaßgrünlich	51 a 54	49 a 55
4459	grün bis fuchsiggrün	48 a 51	49 1/2 a 51
1894	grau grünlich	60 a 61	61 1/2 a 61 1/2
227	rundbohig	53	54
190	Timor	54	55
1034	Palembang	25 a 50	27 1/2 a 53 1/2
1659	Ordinar und Triage		
6991	P. S. und Diverse		

111068 Ballen. Alles verkauft. Padungen unter 100 Ballen sind bei der Taxe nicht in Anmerkung genommen.

Kreisgericht nahm in seiner heutigen Sitzung die im Januar verhandelten Ver-handlungen in dem Prozesse gegen den Dr. phil. Rudolf Meyer wegen ver-leumdender Beleidigung des Reichstanzlers Fürsten Bismard wieder auf. Das Auditorium war diesmal ein viel zahlreicheres, wie bei der ersten Ver-handlung, namentlich war die Damenwelt stark vertreten, doch waren unter denselben Personen von allgemeinem Interesse, mit Ausnahme des Sohnes des Herrn v. Dieft-Daber und des Sohnes des Grafen Harry Arnim, nicht zu bemerken. — Der Gerichtshof ist derselbe wie bei der ersten Verhandlung und tritt demgemäß sofort in die Fortsetzung derselben ein.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Quenstedt, wiederholte seinem im vorigen Termine eingebrachten Antrag auf Vernehmung des Herrn v. Dieft-Daber, der inzwischen in dem Prozesse gegen den „Kur-pognant“ vernommen sei und deshalb wohl auch in diesem Prozesse, der eine ganz gleiche Tendenz hat, ebenfalls gehört werden müsse. Wie ihm Herr v. Dieft mittheilte, habe der verstorbene Herr v. Wedemeyer in seiner Broschüre niemals von einer Gründungsbetheiligung des Fürsten Bismard gesprochen, sondern nur gesagt, er hätte von zwei ihm bekannten lebenden Personen gehört, daß bei der Gründung der Central-Bodencredit-Gesellschaft auch der Name des Fürsten Bismard genannt worden sei. Er wolle dahingestellt sein lassen, ob und in wieviel der Name des Fürsten dabei gemißbraucht worden; Thatsache aber sei, daß der Reichstanzler nach der Aussage von Zeugen eine große Anzahl von Actien der Central-Bodencredit-Gesellschaft zu einem Course erhalten habe, welcher dem übrigen Publikum nicht zugänglich war. Die Actien seien dem Fürsten zwar nicht ausgehändigt, wohl aber die ganz bedeutende Course-Differenz. Durch diese Sache sei Herr v. Dieft in einen Ehrenhandel mit Herrn v. Blankenburg gerathen und habe denselben „hellen lassen“. Darauf habe Herr v. Blankenburg einen Brief geschrieben, in welchem es unter Anderem heißt: „Ich nehme keinen Anstand, zu wieder-holen, was ich weiß. Die Actien wurden zum Course von 106 an der Börse gehandelt, und von Bismard's Banquier zu 108 bedeutend gekauft.“

Dem directen Antrage des Verteidigers auf Vernehmung des Herrn v. Dieft wurde vom Staatsanwalt widersprochen, und der Gerichtshof lehnte die Vernehmung ab, weil Herr v. Dieft möglicherweise sich durch sein Zeug-niß selber bezichtigen könne.

Es begann demnächst das Zeugenverhör, zu welchem geladen waren die Herren Geh. Commerzienrath v. Bleichröder, v. Blankenburg, v. Bethmann-Hollweg und v. Kardorff.

Herr von Bleichröder deponirte auf die Fragen des Präsidenten wie folgt: Obgleich die Frage seines Verhältnisses zu dem Fürsten Reichstanzler außerhalb des Rahmens des incriminirten Artikels liege, so sei er doch dank-bar, endlich einmal dieses Verhältniß klarzulegen, welches zu den unerhörtesten Beschimpfungen und Beleidigungen Veranlassung gegeben. Seit zwei Decennien erfreue er sich der Freundschaft des Fürsten Bismard, der ihm auch vor 15 Jahren die Leitung und Ordnung u. seiner Privat-Angelegenheiten übertrug, so daß er die Ausgaben des Reichstanzlers durch seine Kasse zu leisten, die Anlage des Privatcapitals des Fürsten, das durch Verkauf von Gütern u. s. w. flüssig wurde, zu besorgen und die Aufnahme von Geldern, sofern Bismard deren zur Anordnung seiner Güter u. s. w. bedurfte, zu leisten hatte. Die einzige Bedingung, welche ihm der Fürst bei diesen Geschäften stellte, war nicht die Rückstuf auf hohe Zinsen, sondern auf fundamentale Sicherheit der anzuliefernden Effecten. — Der Fürst kümmerte sich überhaupt sehr wenig um seine Privat-Geschäfte, so daß, als er (Zeuge) einmal russische Bodencredit-Pfandbriefe und preussische Bodencredit-Pfandbriefe für den Fürsten ankaupte, der Reichs-tanzler glaubte, er habe Central-Bodencredit-Actien im Besitz. Er erklärte also Angehts seiner Bücher und Angehts seines abzuweisenden Eides, daß der Fürst Bismard weder durch ihn selbst, noch durch Vermittelung seines Hauses zu den preussischen Central-Bodencredit-Actien in Beziehung gestanden habe, weder bei der Gründung, noch bei der Consortialbetheiligung, noch bei Differenzgeschäften, wie er überhaupt nicht ein einziges Geschäft in Central-Bodencredit-Actien für den Fürsten gemacht habe.

Der Verteidiger: Ob dem Zeugen vielleicht bekannt sei, daß eines der Familienglieder Bismard's irgend solche Vortheile gezogen habe? Zeuge v. Bleichröder: Der Herr Verteidiger sei früher in der An-gelegenheit Tschau's bei ihm gewesen, ihm um eine gleiche Frage vorzulegen; heute wie damals erkläre er, es sei unmöglich, daß dritte oder vierte Per-sonen für den Reichstanzler dergleichen Geschäfte gemacht hätten.

Der Verteidiger: Er sei nicht in Sachen Tschau's bei dem Zeugen gewesen, sondern weil er mit demselben in dem Verwaltungsrath einer Ge-sellschaft saß und mit ihm darüber zu conferiren hatte. Im Laufe des Ge-sprächs sei man dann so en passant auf die Sache gekommen.

Der Angeklagte führt zur Aufklärung der Sache noch an, daß Herr v. Dieft ihm gesagt habe, auch Baron Karl Meyer v. Rothschild habe sich in ähnlicher Weise über Bismard geäußert.

Zeuge von Bleichröder bestritt, von anderen Persönlichkeiten der-artige Äußerungen gehört zu haben und daß insbesondere Rothschild eine solche gethan oder davon gesprochen, daß für Bismard Actien angekauft worden seien.

Der Angeklagte: Er habe nicht von Actienanlauf, sondern von Diffe-renzgeschäften gesprochen, und er könne in Bezug darauf noch zwei Namen nennen: den leider schon verstorbenen wirklichen Geh. Legationsrath Abeken und den Unterstaatssecretär von Tiele.

Zeuge von Bleichröder: Ich wiederhole nochmals, daß weder durch mein Haus, noch durch sonst Jemand, der mit meinem Hause in Verbindung steht, jemals solche Geschäfte für den Fürsten Reichstanzler gemacht wor-den sind. (Schluß folgt.) (N. Z.)

Posen, 12. Febr. [Der Proppst der hiesigen St. Martin-tirche, Herr Pedzinski,] war angeklagt, sich durch Ertheilung von Fastendispenzen rechtswidrig bischöfliche Rechte angemast zu haben. Durch das Urtheil erster Instanz vom 12. October 1876 wurde der Angeklagte freigesprochen, weil der Richter annahm, daß die Erthei-lung der Fastendispenzen kein bischöfliches, sondern ein päpstliches Recht sei. Gegen dieses freisprechende Urtheil beschritt die Staatsanwaltschaft den Weg der Appellation und diese Angelegenheit wurde heute vor dem Criminalsenate des hiesigen Appellationsgerichtes verhandelt. Der Senat nahm an, daß die Ertheilung von Fastendispenzen zwar ein päpstliches Recht sei, daß es jedoch durch Delegation auf die Bischöfe übertragen werde, sowie auch, daß die Ertheilung der Fastendispenze in den Diöcesen Posen und Gnesen bisher nachweislich nie ein Ge-wohnheitsrecht der Pfarren gewesen sei. Nachweislich hatte der Proppst Pedzinski in drei Fällen die Fastendispenze ertheilt und sich hierdurch eines Vergehens gegen § 4 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 schuldig gemacht, auf Grund dessen der Gerichtshof den Proppst Pedzinski zu einer Gefängnißstrafe von 7 Monaten verurtheilte.

Köln, 13. Febr. [Sitzung.] Sichern Vernehmen nach sind auf Verfügung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz alle weiteren Maßnahmen der Verwaltungs-Behörden in Sachen der Pfarr-Dotal-güter vorläufig sistirt.

Köln, 13. Febr. [Resolutionen.] In einer hier am 10. d. statt-gehabten Versammlung der Vertrauensmänner der landwirthschaftlichen Centralvereine, des Handels und der Industrie von Rheinland und West-falen wurden einstimmig folgende Resolutionen gefaßt: Die Anwesenden er-klären: 1) daß Angesichts der wirthschaftlichen Gesamtlage Deutschlands, wie sie sich theils allmähig, theils auch zur Zeit herausgebildet hat, eine Aenderung der staatlichen Auffassung mancher wirthschaftlichen Verhältnisse geboten ist; 2) daß bei gründlicher Prüfung der einwirkenden Factoren eine Solidarität zwischen Landwirthschaft, Industrie und Gewerbe unerkennbar und deshalb eine gemeinsame Inangriffnahme der Vertretung der gemein-samen Interessen dringend und eiligst geboten ist; insbesondere mit Rück-sicht auf die bevorstehenden Handelsverträge, Zoll- und Eisenbahntarife; 3) daß die Formulirung bestimmter Anträge im Sinne der ad 1 und 2 aufgestellten Erklärungen nur in einem kleineren Kreise befriedigend zu lösen ist und zu diesem Zwecke der Zusammentritt der Spitzen der verschiedenen wirthschaftlichen Gruppen gewinnhaft wird. Ferner wurde beschloffen, die Resultate dieser Beratungen den weitesten Kreisen der Interessenten zur Beschlußfassung vorzulegen.

Metz, 13. Febr. [Die hiesige Handelskammer] stellte kürzlich beim Oberpräsidenten den Antrag, es „wolle einem elsaß-lothringischen Comité gestattet werden, wegen Beihiligung Elsaß-Loth-ringens an der Pariser Ausstellung direct mit dem Ausstellungs-Commissariat zu Paris in Verbindung treten zu dürfen; auch sollten die Kosten aus Landes-Mitteln bestritten werden“. Die Erfolglosigkeit dieses Antrags dürfte kaum zweifelhaft sein.

707 92 (150) 825 907 53,005 27 126 42 61 69 203 13 34 50 68 97 389
522 31 88 97 732 (150) 81 84 117 31 934 47 55 (300) 54,001 45 67 72
74 121 74 87 211 65 353 403 66 93 96 509 66 614 (150) 25 35 54 71 91
789 801 37 57 919 27 44 76 55,080 109 56 68 98 211 60 69 377 404
612 64 65 87 711 18 19 33 67 872 961 93 56,037 109 38 86 92 271 388
485 566 602 91 772 826 63 87 941 75 57,041 55 64 112 44 75 202 4 23
52 (300) 95 (150) 317 40 71 80 86 424 512 20 600 (150) 92 767 90 808
61 979 58,078 89 162 91 92 235 50 81 365 74 402 55 56 (150) 516 95
609 31 769 93 813 79 904 40 81 59,007 18 22 92 95 103 6 97 294 363
402 43 (150) 519 78 605 12 35 36 58 721 846 (180) 99 925 87.

60,103 16 67 90 208 (150) 35 43 44 56 308 503 97 622 60 82
707 26 804 49 72 75 907 38 61,025 80 162 202 33 36 353 435
83 92 522 23 642 69 55 711 35 51 817 33 91 905 60 65 (3000) 84
62,047 56 66 108 9 36 211 23 39 75 80 92 99 302 3 15 24 31 419
(150) 52 533 39 (240) 63 613 67 729 30 (180) 62 (150) 80 926 28
(150) 30 88 63,004 17 102 47 83 (180) 200 12 25 311 18 75 87 (150)
437 544 (150) 86 610 718 33 46 51 59 89 850 77 87 911 17 22 59
64,008 46 124 28 55 72 76 204 44 50 72 75 312 44 70 80 89 409
46 59 586 (180) 600 (3000) 16 37 753 95 814 86 909 (240) 88
65,009 106 7 31 67 77 237 87 387 403 19 62 523 52 86 645 91
733 34 39 55 (900) 803 29 49 50 (150) 992 66,043 (150) 79 113
219 42 301 13 419 86 95 (150) 715 27 42 55 75 853 74 919 30
(150) 99 67,067 167 210 (300) 38 353 54 97 485 501 14 54 62
645 47 95 736 49 57 60 (150) 810 26 27 65 997 68,012 47 57 75
237 74 333 42 53 453 95 (150) 575 87 668 715 35 37 49 817 95
902 18 30 64 69,021 124 34 68 232 62 75 89 442 60 65 75 81 645
760 87 864 79 926 38.

70,097 (150) 100 20 58 80 244 79 (150) 341 49 59 80 451 79 558 90 91
654 760 92 834 66 89 932 71 87 71,002 38 98 108 (150) 27 79 204 22
33 65 329 60 80 85 433 71 (300) 79 83 545 608 50 60 90 730 (150) 36
42 70 804 920 83 93 72,031 99 103 57 303 7 401 11 17 18 62 95 526
36 687 746 66 69 93 838 80 931 73,011 216 (150) 17 40 81 91 415 33
62 78 86 504 33 94 600 2 82 700 21 28 33 827 84 (150) 74,034 39 119
278 (150) 471 510 38 (150) 44 (150) 615 750 59 73 917 34 94 75,106 26
35 210 (150) 29 38 75 80 341 452 554 773 93 830 81 (150) 76,168 202
8 58 71 (240) 90 95 313 20 21 24 (150) 99 412 58 98 524 668 76 77
83 771 810 914 71 77,034 240 89 390 412 21 24 35 (150) 86 514 61 90
606 790 (180) 901 82 94 78,188 200 15 360 63 422 71 (180) 95 (300)
522 79 97 651 81 792 807 41 86 (180) 907 11 77 79,037 45 94 110 30
50 54 56 88 220 39 345 501 16 21 27 698 736 58 61 99 805 18 23 38
39 42 (150) 62 918 28.

80,004 7 16 29 52 177 (150) 255 (150) 332 37 473 97 502 47
(180) 63 84 768 91 842 49 955 72 87 81,015 31 84 123 55 302
53 61 62 67 408 13 21 90 529 76 93 663 751 856 74 924 38 86
82,000 42 56 180 228 62 84 95 96 325 490 509 40 71 615 28 42
77 715 19 22 68 847 48 (300) 66 (240) 930 60 63 (240) 83,044 47
83 96 129 53 94 239 46 313 15 21 23 33 465 509 11 44 66 660
98 723 37 68 74 858 75 80 84,009 (180) 37 77 80 141 207 10 (180)
23 387 (240) 418 29 42 509 11 23 (180) 58 75 (150) 77 (150) 97 604
53 77 709 39 824 40 45 88 945 58 85,006 93 (150) 131 59 77 264
76 84 506 27 86 724 94 804 43 81 96 932 49 67 68 97 86,018 109
31 202 7 (150) 76 329 94 99 519 620 58 726 80 854 (150) 917
39 42 69 98 87,001 3 (180) 32 47 92 128 78 85 262 99 318 74 421
594 609 17 26 60 85 768 92 809 13 45 910 16 63 (150) 88,013 47
106 32 244 84 451 (150) 90 94 523 676 88 718 65 821 51 908
86 90 89,060 (180) 65 80 123 (240) 61 84 (180) 269 344 89 97 426
57 502 30 61 90 701 20 88 815 25 29 939 68.
90,010 21 27 105 81 97 211 (15,000) 62 552 302 80 81 84 465
79 87 89 550 62 677 93 738 62 805 7 15 37 44 91,028 37 43 79
89 148 95 218 304 34 406 (150) 502 7 50 62 635 42 (900) 43 57
702 24 31 912 31 92,014 24 31 95 127 39 99 280 (180) 346 65
475 506 44 702 (180) 904 93,054 63 82 125 279 454 82 600 99
(150) 934 53 62 94,005 107 101 21 32 63 71 87 214 41 349 61 612
91 99 714 16 22 91 (900) 904 11.

© Berlin, 14. Febr. [Landtag und Reichstag. — Eisen-bahnetat.] Die „Prov.-Corr.“ hebt hervor, daß die Beratungen des Abgeordnetenhauses eine über alle Erwartung hinausgehende Aus-dehnung erhalten, und berechnet, daß die Landtagssession sich jedenfalls bis in die erste Woche des März erstrecken wird. Namentlich stellt der Etat des Cultusministeriums noch umfangreiche Debatten in Aussicht. In der That wird schon jetzt im Abgeordnetenhaus auf Grund der Rollenvertheilung im Centrum angenommen, daß jene Debatten sechs Tage in Anspruch nehmen werden. Somit käme das Ende der nächsten Woche heran, ehe die zweite Session erfolgen kann. Innerhalb aller gemäßigten Parteien herrscht über den Gang und den Ton der Ver-handlungen entschiedener Mißmuth und lebhaftes Bedauern, doch scheint man kein geschäftsmäßig-mäßiges Mittel zu besitzen, um dem Zustand ein Ende zu machen. — Alle Mittheilungen über Vorlagen für die nächste Reichstagssession sind mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn es besteht sich jetzt wenigstens die Absicht, die Session möglichst auf die Beratung des Reichshaushalts zu beschränken und außerdem nur die dringenden gesetzgeberischen Aufgaben vorzunehmen. Daher ist auch irrthümlich, was über die Vorlage eines Reichs-Vereins-Gesetzes geschrieben wird. Ebenso wie im Landtage, so sollen nach der Absicht der Reichsregierung auch im Reichstage erst während des nächsten Winters größere legislatorische Arbeiten in An-griff genommen werden. — Für die morgen stattfindende Plenarsitzung des Bundesraths sind u. A. der Antrag der Justizcommission über den Sitz des Reichsgerichts und der mündliche Bericht über die weitere Ausprägung von Goldmünzen in Kronen und halben Kronen auf die Tagesordnung gesetzt worden. — Im Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen sind die Einnahmen auf 37,555,000 Mark gegen 37,140,000 Mark im Vorjahre veranschlagt worden, die fortdauernden Ausgaben auf 27,615,000 Mark gegen 27,667,000 Mark. Es er-giebt sich also ein Ueberschuß von 9,940,000 Mark. Die einmaligen Ausgaben betragen 365,306 Mark gegen 317,610 Mark. Dasselben umfassen die fünfte Rate des Beitrags zur Subvention der Gotthard-bahn und die sechste Rate zur Erwerbung der Eisenbahn von Colmar nach Münster.

[Die Pariser Ausstellung.] Verschiedene Wahrnehmungen neuerer Zeit ergeben, daß der Bericht der Kaiserlich deutschen Regie-rung auf Beihiligung bei der nächsten Pariser Ausstellung nicht allge-mein als unwiderstehlich angesehen wird. Dazu bemerkt der „Reichs-Anzeiger“:

Gegenüber einer Auffassung, welche Angesichts der deutschen Er-widerung auf die ergangene Einladung nur auf völligem Mißverständnis beruhen kann, ist im Interesse deutscher Industrieller hervorzu-heben, daß die Sachlage, welche seiner Zeit für die endgiltige Ent-scheidung maßgebend war, ihrer Natur nach die Möglichkeit einer Ven-derung ausschließt. Ebenfalls ist auch bereits amtlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Reglement der Ausstellung den directen Ver-kehr einzelner fremder Aussteller mit der General-Ausstellungscommission nicht zuläßt, die Beihiligung einzelner deutscher Aussteller somit aus-geschlossen ist.

W. T. B. [Das Abgeordnetenhaus] erledigte in der Abend-sitzung den Rest des Eisenbahnetats. Der Handelsminister und der Regierungskommissar stellen im Laufe der Debatte die Angaben Meyer's (Breslau) richtig, welcher die von den Socialdemokraten im Partei-interesse ausgebeuteten ungünstigen Lohnverhältnisse der Eisenbahn-Arbeiter Breslau zur Sprache brachte, und versprechen für die Ange-legenheit die wohlwollendste Berücksichtigung. Zum Kapitel „Central-verwaltung und Eisenbahncommisariate“ wird der Antrag Hammacher angenommen, die Regierung aufzufordern, auf die Trennung des Eisenbahncommisariats für die Thüringer Bahn von der Thätig-keit des Directionsamtes hinzuwirken. Die nächste Sitzung ist Donnerstag.

[Proceß gegen Dr. Rudolf Meyer wegen verleumderischer Beleidigung des Reichstanzlers Fürsten Bismard.] Das hiesige

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Gröb. Barth u. Comp. (M. Friedrich) in Breslau.